

Kurzfassung Koalitionsvertrag

**WACHSTUM.
BILDUNG.
ZUSAMMENHALT.**

CDU, CSU und FDP bekennen sich zur Sozialen Marktwirtschaft als Ordnung unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Unser Leitbild ist die solidarische Leistungsgesellschaft, in der sich jeder nach seinen Fähigkeiten entwickeln kann und Verantwortung übernimmt. Jeder soll in unserem Land die Chance auf wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Zusammenhalt und ein Leben in Freiheit und Sicherheit haben. Wir wollen einen Staat als Hüter der Ordnung, der dies gewährleistet,

Welt. Wir wollen faire Strukturen in Europa, Kleider und gut geübte Hände. Bildung darf keine Frage der Herkunft oder des Einkommens sein. **IV. Verantwortung in der Welt** Unser zentrales gesellschaftliches Ziel ist ein Deutschland, das zusammenhält. Die Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist die notwendige Voraussetzung für sozialen und wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb werden wir die Sozialsysteme zukunftsfit machen. Vor allem aber werden wir die Familien als das Fundament unserer Gesellschaft stärken. CDU, CSU und FDP bieten ein Bündnis der Zuversicht. Wir stellen den Mut der Verzagtheit entgegen. Wir sind uns sicher: Deutschland hat die Kraft, die Ideen und die Menschen, um erfolgreich in das neue Jahrtausend zu gehen.

So sieht die neue

Inhalt

Seite

- | | |
|---|---|
| I. Sofortprogramm zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise | 4 |
| II. Nachhaltiges Wachstum schaffen | 4 |
| III. Bildungsrepublik Deutschland | 4 |
| IV. Zusammenhalt stärken | 5 |
| V. Sicher leben | 6 |
| VI. Bewahrung der Schöpfung | 6 |
| VII. Verantwortung in der Welt | 7 |

Gründungsmitglied

Philipp Bäder (PDP)
Parlamentarische
Staatssekretärin
Danki Bach,
Kerstin Wilmanns-Menz
www.bmg.de/11111111

Gründungsmitglied

Christoph de Maistre
(CDU)
Parlamentarische
Staatssekretärin
Christoph de Maistre,
Die Schwäbe
www.bmg.de/11111111

Gründungsmitglied

Sabine Leuthausen
Schwarzenberger (FDP)
Parlamentarischer
Staatssekretär
Sabine Leuthausen
www.bmg.de/11111111

Gründungsmitglied

Harbert Rötger (CDU)
Parlamentarischer
Staatssekretär
Ursula Heinen-Esser
Katharina Reichle
www.bmg.de

Kurzfassung Koalitionsvertrag

CDU, CSU und FDP haben in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland von den Wählerinnen und Wählern den Regierungsauftrag erhalten. Unser gemeinsames Ziel ist klar: Wir wollen unser Land aus der Krise heraus zu einem neuen Aufbruch in das neue Jahrzehnt führen. Dafür setzen wir auf nachhaltiges Wirtschaften für Wohlstand, auf neue Chancen durch Bildung und auf sozialen Zusammenhalt. Als Koalition der Mitte sind unsere Maßstäbe politischen Handelns: Freiheit in Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität, Toleranz und Fairness, Heimatverbundenheit und Weltoffenheit.

Wir sind uns sicher: Wir haben die Kraft zum Aufbruch in das neue Jahrzehnt. Denn Deutschland hat mehr als einmal bewiesen, dass es große Herausforderungen meistern kann. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung, mit Mut und Zuversicht, wollen wir unser Land in eine bessere Zukunft führen. Dafür heißt es, aus Fehlern zu lernen und ihre Wiederholung zu verhindern. Erneut müssen wir uns darauf besinnen, was uns ausmacht und was uns stark macht.

CDU, CSU und FDP bekennen sich zur Sozialen Marktwirtschaft als Ordnung unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Unser Leitbild ist die solidarische Leistungsgesellschaft, in der sich jeder nach seinen Fähigkeiten entwickeln kann und Verantwortung übernimmt. Jeder soll in unserem Land die Chance auf wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Zusammenhalt und ein Leben in Freiheit und Sicherheit haben. Wir wollen einen Staat als Hüter der Ordnung, der dies gewährleistet,

aber auch seine hoheitlichen Aufgaben erfüllt und notwendige Impulse setzt.

Was wir vor der Bundestagswahl angekündigt haben, gilt auch danach: Steuererhöhungen zur Krisenbewältigung kommen für uns nicht in Frage. Im Gegenteil: Leistung und Arbeit müssen sich lohnen. Deshalb werden wir gerade die Leistungsträger in der Mitte, die kleineren und mittleren Einkommen, Familien und Mittelständler-spürbar entlasten.

Deutschland ist ein starkes Land. Wir werden unsere wirtschaftliche Spitzenstellung in der Welt aber nur verteidigen, wenn wir globale Maßstäbe im Bereich der Innovation und Forschung setzen. Unser Ziel ist deshalb die Bildungsrepublik Deutschland mit einem der besten Bildungssysteme der Welt. Wir wollen faire Startchancen für alle Kinder und Aufstieg durch Bildung ermöglichen – Bildung darf keine Frage der Herkunft oder des Einkommens sein.

Unser zentrales gesellschaftliches Ziel ist ein Deutschland, das zusammenhält. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist die notwendige Voraussetzung für sozialen und wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb werden wir die Sozialsysteme zukunftsfest machen. Vor allem aber werden wir die Familien als das Fundament unserer Gesellschaft stärken.

CDU, CSU und FDP bilden ein Bündnis der Zuversicht. Wir stellen den Mut der Verzagtheit entgegen. Wir sind uns sicher: Deutschland hat die Kraft, die Ideen und die Menschen, um erfolgreich in das neue Jahrzehnt zu gehen.

I. Sofortprogramm zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise

- Die Unternehmensteuer wird zum 1. Januar 2010 um Wachstumshemmnisse beseitigt.
- Die Bankenaufsicht wird bei der Bundesbank zusammengefasst.
- Bedingungen für Unternehmensfinanzierungen werden verbessert, um zu verhindern, dass Deutschlands Mittelstand in eine Kreditklemme gerät.
- Die krisenbedingten Einnahmeausfälle der Sozialversicherungen werden durch die Allgemeinheit, statt alleine durch die Versicherten getragen.
- Der Anlegerschutz wird verbessert werden, damit Banken und Finanzinstitute nicht noch einmal ohne entsprechende Hinweise für hochspekulative Produkte werben können.

II. Nachhaltiges Wachstum schaffen

- Um die durch die Krise notwendig gewordenen Beteiligungen des Staates an Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten so eng wie möglich zeitlich zu begrenzen, wird eine Ausstiegs-Strategie erarbeitet.
- Wir werden eine Steuerreform nach den Maßgaben einfach, niedrig und gerecht umsetzen. Der Schwerpunkt wird bei der Bekämpfung der sogenannten kalten Progression und der Entlastung der Leistungsträger bei den unteren und mittleren Einkommen und bei Familien mit Kindern liegen. Die Entlastung wird ein Gesamtvolumen von 24 Mrd. Euro haben und wird im Lauf der Legislaturperiode umgesetzt.

- Wir werden die Erbschaftsteuer entbürokratisieren, familiengerechter, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher machen.
- Um gezielt den Mittelstand zu fördern, wird die KfW zu einer Mittelstandsbank umgebaut.
- Wir werden den Haushalt konsolidieren, die Verschuldung zurückdrängen und dafür Sorge tragen, dass das jährliche Ausgabenwachstum unter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegt. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes wird eingehalten.
- Die Arbeitsmarktinstrumente werden wir entrümpeln und die Arbeitsmarktpolitik unter das Leitmotiv „Fördern und Fordern“ stellen. Dazu gehört, dass für Hartz-IV-Empfänger die Hinzuverdienstmöglichkeiten deutlich verbessert werden und gleichzeitig das Schonvermögen erhöht und die selbstgenutzte Immobilie geschützt wird. Außerdem werden sittenwidrige Löhne gesetzlich verboten, um Lohndumping zu verhindern.
- Wir werden den Bürokratieabbau mit besonderem Augenmerk auf die Belange des Mittelstands beschleunigen und uns auch auf europäischer Ebene für einen unabhängigen Rat für Bürokratieabbau einsetzen.

III. Bildungsrepublik Deutschland

- Das Ziel bleibt die Bildungsrepublik Deutschland. CDU, CSU und FDP verstehen Bildung als Bürgerrecht.
- Das bedeutet, bei den Kleinen anzufangen. Dafür werden Bund und Länder Eckpunkte für frühkindliche Bildung erarbeiten und die Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher verbessern.

- Außerdem unterstützen wir bundesweit vergleichbare, verbindliche Sprachstandstests für alle 4-jährigen Kinder und wollen bei Bedarf verpflichtende Sprachförderungen vor der Schule einführen.
- Wir werden jedem neugeborenen Kind ein Zukunftskonto bzw. Bildungsschecks zur Verfügung stellen.
- Alle Jugendlichen, die ausbildungsfähig und -willig sind, sollen ein Ausbildungsplatzangebot erhalten, das zu einem anerkannten Berufsabschluss führt.
- Für begabte Studenten werden wir einkommensunabhängig ein nationales Stipendienprogramm auflegen. Wir wollen den Anteil von Stipendiaten an den Studierenden von 2 Prozent auf 10 Prozent verfünffachen.
- Deutschland muss wieder Gründerland werden. Deshalb wird die High-Tech-Strategie weiterentwickelt, und die von der Union im Regierungsprogramm formulierten Zukunftsfelder, wie zum Beispiel der Forschungsschwerpunkt zum Kampf gegen Volkskrankheiten, werden angegangen.
- Wir erhöhen die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. Euro.
- Aufarbeitung der SED-Diktatur einrichten.
- Um die Kulturförderung zu verbreitern, werden die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung verbessert.
- Die Familienpolitik wird vom Prinzip der Wahlfreiheit geleitet. Wir werden Angebote schaffen, statt Vorgaben zu machen.
- Dazu werden wir das Elterngeld dahingehend ausbauen, dass die Partnermonate gestärkt werden und ein Teilelterngeld bis zu 28 Monaten eingeführt wird.
- Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro, ggf. als Gutschein, eingeführt werden.
- Der Kinderfreibetrag wird zum 1. Januar 2010 von 6.024 Euro auf 7.008 Euro und das Kindergeld um je 20 Euro pro Monat erhöht.
- Als deutliches gesellschaftspolitisches Signal zu werten sind die Vorhaben, dass künftig Kinderlärm, zum Beispiel wegen Spielplätzen oder Kindergärten, kein Anlass mehr für gerichtliche Auseinandersetzungen bieten darf und dass Kinderwunschbehandlungen künftig bezuschusst werden.
- Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll maßgeblich erhöht werden. Um die Position von Frauen am Arbeitsplatz zu stärken, werden wir für die Arbeitgeber verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen einführen.

IV. Zusammenhalt stärken

- Im Jahr 20 nach dem Mauerfall bekennen wir uns zum Solidarpakt II und zu dem Ziel, bis 2019 die Lebensverhältnisse in Ost und West weitgehend anzugleichen.
- Noch in dieser Legislatur werden wir ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einführen.
- Um dem Vergessen vorzubeugen, werden wir bei der Bundeszentrale für politische Bildung einen Arbeitsschwerpunkt zur
- Erstmals leben in Deutschland mehr über 65-Jährige als unter 20-Jährige. Die Bundesregierung wird eine breite Initiative „Alter neu denken“ starten. Bestehende und ggf. diskriminierende Altersgrenzen werden dabei kritisch überprüft.

- Integration ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Mit einem Integrationsvertrag soll ein neuer Impuls für die Wirtschaft zur Integration gesetzt werden.
- Insbesondere die Zuwanderung von Hochqualifizierten kann eine Bereicherung für unser Land darstellen und wird von der Bundesregierung gefördert.
- Eltern ausländischer Herkunft werden verstärkt Integrations- und Deutschkurse angeboten. Droht jedoch eine Beeinträchtigung des Kindeswohls wegen mangelnder Deutschkenntnisse der Eltern, soll zukünftig schon aus diesem Grund eine Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs möglich sein.

V. Sicher leben

- Bei den sozialen Sicherungssystemen setzen wir auf eine Kultur der Verantwortung. Die Bürger und die Arbeitgeber brauchen Planungssicherheit und Verlässlichkeit.
- Bei der Rentenversicherung werden wir neben der Einheitlichkeit zwischen Ost und West die Kindererziehungszeiten besser berücksichtigen.
- Wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, soll ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten, das bedarfsabhängig und steuerfinanziert ist.
- Bei der Pflegeversicherung werden wir ein kapitalgedecktes Element ergänzend einführen, welches verpflichtend, individualisiert und generationengerecht ausgestaltet werden wird.
- Bei der Krankenversicherung werden wir den Wettbewerb als ordnendes Prinzip stärken und die privaten Krankenkassen erhalten. Langfristig wird das bestehende System überführt in eine Ordnung mit

mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden.

- Zur Wahrung der Grundrechte und zur Verbesserung der Inneren Sicherheit werden ein eigener Straftatbestand Zwangsehe eingeführt und eine zentrale Visa-Warndatei geschaffen.
- Für jugendliche Straftäter wird die Möglichkeit eines Warnschussarrestes eingeführt.
- Außerdem stellen wir die gewerbsmäßige Vermittlung von Sterbehilfe unter Strafe.

VI. Bewahrung der Schöpfung

- Die Bundesregierung setzt sich ehrgeizige Klimaschutzziele. Das Ziel ist es, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen und Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz zu sichern. Die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland sollen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden.
- Deutschland braucht insgesamt ein umfassendes und langfristig tragfähiges Energiekonzept. Die Bundesregierung wird mit nationalen und internationalen Experten ein solches Konzept im Jahr 2010 vorlegen.
- Wir wollen den Weg in das regenerative Zeitalter gehen und Deutschlands Technologieführerschaft bei den erneuerbaren Energien ausbauen. Dazu wird der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter gefördert mit dem Ziel, erneuerbare Energien so schnell wie möglich markt- und speicherfähig zu machen.
- Dafür werden die Laufzeiten für sichere Kernkraftwerke verlängert. Wir verstehen die Kernenergie als Brückentechnologie;

die durch die Verlängerung zu erzielen den Einnahmen werden u. a. in die Erforschung erneuerbarer Energien investiert. Neue Kernkraftwerke werden nicht gebaut.

VII. Verantwortung in der Welt

- Die Bundesregierung versteht die Transatlantische Zusammenarbeit und die Europäische Einigung als zentrale Schwerpunkte ihrer Außenpolitik und betrachtet den Einsatz für Menschenrechte als eine zentrale Konstante deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.
- Die Erweiterungsverhandlungen der EU werden ergebnisoffen geführt. Maßgeblich sind in allen Fällen die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten und die Aufnahme-fähigkeit der EU. Innerhalb der EU achten wir auf die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Eine Vergemeinschaftung der Sozialpolitik und eigene EU-Steuern lehnen wir ab. Wir setzen uns für eine Stärkung der deutschen Sprache als Arbeitssprache der europäischen Institutionen ein.
- Als Exportnation setzen wir auf eine freiheitliche Ordnung der Weltwirtschaft auf Grundlage der Charta für gemeinsames nachhaltiges Wirtschaften.
- Um eine Wiederholung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auszuschließen, treten wir für ein gemeinsames und geregeltes Vorgehen aller globalen Akteure ein. Steuerungsinstrumente müssen angepasst werden, neue globale Instrumente und Formate wie G20 müssen eingeführt werden.
- Die Bundesregierung ist entschlossen, die Chancen im transatlantischen Verhältnis zu nutzen und strebt eine Intensivierung

der Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen eines transatlantischen Wirtschaftsraumes an.

- Wir streben im Rahmen einer Reform der Vereinten Nationen einen gemeinsamen europäischen ständigen Sitz im Sicherheitsrat an und bleiben auf dem Weg dorthin auch weiterhin bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sitzes Deutschlands im Sicherheitsrat größere Verantwortung zu übernehmen.
- Die Bundesregierung bekennt sich zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem Staat und tritt für eine Zwei-Staaten-Lösung ein: für einen Staat Israel, der von allen Nachbarn anerkannt wird und dessen Bürger in Freiheit und Sicherheit leben können, sowie für einen lebensfähigen palästinensischen Staat, dessen Bürger ihr Schicksal in Würde und Frieden selbst bestimmen können.
- Wir verstehen unser Engagement in Afghanistan als eine Aufgabe von besonderem nationalen Interesse. Wir werden die Strategie der Übergabe in Verantwortung voran bringen. Je früher die afghanische Regierung im Land selbst Sicherheit gewährleisten kann, desto früher können wir in Abstimmung mit unseren Partnern den schrittweisen Abzug beginnen.

der Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen eines europäischen Wirtschaftsraums. Die Wirtschaftspolitik der EU zielt auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der EU ab. Dies geschieht durch die Harmonisierung der Wettbewerbsregeln, die Förderung der Innovationen und die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen. Die EU fördert auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im internationalen Markt durch die Förderung der Exporte und die Unterstützung der Unternehmen bei der Suche nach neuen Märkten. Die EU fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Förderung der Innovationen und die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen. Die EU fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Förderung der Innovationen und die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen.

Die durch die Wettbewerbspolitik auszuübende Einwirkung des Rates ist die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der EU. Dies geschieht durch die Harmonisierung der Wettbewerbsregeln, die Förderung der Innovationen und die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen. Die EU fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Förderung der Innovationen und die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen. Die EU fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Förderung der Innovationen und die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030 22070-360, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226 802-0, Telefax 02226 802-111-333